

# Die beste Bildung für alle

Die wichtigsten Botschaften



### 1. Botschaft:

Nach über einem Jahr intensiver Diskussion haben die 450 Delegierten des Landesparteitages am 25. August 2007 in Bochum das neue Bildungskonzept der NRWSPD mit 99,1 Prozent beschlossen. Es ist ein umfassendes Konzept, das alle Bildungsbereiche - vom Elementarbereich, über den Schulbereich, die Ausbildung, die Hochschule und die Weiterbildung - umfasst. Keine andere Partei hat ein solches, auf die Zukunft ausgerichtetes Bildungsprogramm.

### 2. Botschaft:

Das Konzept hat ein zentrales Ziel:

Die beste Bildung für alle.

Dieses Ziel erreichen wir aber nur, wenn alle Kinder den gleichen Zugang zu Bildungschancen haben.

Deshalb haben wir vier zentrale Leitsätze:

- Bildung muss beitrags- und gebührenfrei sein.
- Längeres gemeinsames Lernen in der Schule verhindert Benachteiligung.
- Alle Schulen sollen zu Ganztagschulen werden.
- Angebote und Qualität im Elementarbereich müssen spürbar ausgebaut und verbessert werden.

### 3. Botschaft:

Die CDU steht in NRW für mehr und verschärfte Auslese. Schwarz-Gelb macht die Zugänge zur Bildung enger statt weiter.

Die Stichworte hierzu:

- Höhere Kita-Gebühren, weniger Betreuung, schlechtere Qualität durch das KiBiz,
- Abschaffung der Grundschulbezirke,
- Aushebelung des Elternwillens durch verbindliche Grundschulgutachten und Prognoseunterricht,
- Festhalten am gegliederten Schulsystem, am Sortieren in Schubladen,
- weniger statt mehr Durchlässigkeit durch die Abschottung des Gymnasiums,
- Sitzenbleiben und Abschulen als Ausleseinstrumente,
- Studiengebühren.

Die Politik der CDU ist zutiefst ungerecht. Und sie ist ökonomisch für unser Land eine Katastrophe, weil wir mehr statt weniger Abiturienten, viel mehr statt weniger Hochschulabsolventen brauchen. Nur so können wir im internationalen Wettbewerb bestehen und die Zukunft aller sichern.

### 4. Botschaft:

Nicht erst seit PISA wissen wir:

Viel zu viele junge Menschen bleiben in unserem gegliederten Schulsystem auf der Strecke.

Und - das sollte in der Debatte nicht vergessen werden - PISA bescheinigt unserem Schulsystem im internationalen Vergleich zudem schlechte Leistungen.

Da hilft auch nicht der Hinweis auf Bayern oder Baden-Württemberg. Es nutzt nichts, wenn man der Beste unter den Schlechten ist.

Aber zurück zu den Nachteilen des gegliederten Schulsystems:

Mit der Erfindung des Sitzenbleibens zu Beginn des 19. Jahrhundert hat sich in langen Jahren ein vielfältiges Instrumentarium herausgebildet, um Schüler/innen aus der jeweiligen Lerngruppe zu entfernen:

- Zurückstellungen vom ersten Schulbesuch (in NRW unter Rot-Grün abgeschafft),
- frühe Sortierung nach Schulformen,
- Sitzenbleiben,
- Überweisungen an Förderschulen (früher Sonderschulen),
- Abschlungen.

Die folgenden Zahlen dokumentieren die Dimensionen:

- Bundesweit bleiben in der Sekundarstufe I 24% der Schüler/innen im Laufe ihrer Schullaufbahn einmal sitzen (in der Hauptschule 35%) und 10 % der Schüler/innen werden 10 % zurückgestuft, bzw. abgeschult.
- Addiert man alle Sortiermaßnahmen wie Zurückstellungen, Sitzenbleiben, Sonderschulüberweisung und Abschlungen zusammen, stellt man fest: Fast 40 % der deutschen Schüler/innen machen zwischen der ersten und der 10. Klasse mindestens einmal die Erfahrungen, von ihrer Lerngruppe aufgrund angeblich mangelnder Fähigkeiten ausgeschlossen zu werden.
- Und es kommt noch schlimmer: Es wird nicht nur nach Leistung, sondern auch nach sozialer Herkunft sortiert: Nur 12 % aller Arbeiterkinder gehen nach der Grundschule auf das Gymnasium gegen 70 % aller Beamtenkinder. Ein Trend, der sich im Übrigen nach der Schule fortsetzt: Von 100 Akademikerkindern finden 83 den Weg in die Hochschulen. Von 100 Nicht-Akademikerkindern hingegen nur 23.

- Für NRW belegen folgende Zahlen die gravierenden Nachteile des gegliederten Schulsystems:
  - 60.000 Sitzenbleiber pro Jahr (die entsprechenden Kosten belaufen sich für die notwendigen 3.000 Lehrerstellen auf 150 Millionen Euro jährlich);
  - auf einen Aufsteiger kommen neun Absteiger;
  - 6,9 Prozent verlassen die Schule ohne (Hauptschul)-Abschluss.
  - Untersuchungen beweisen: 40 Prozent aller Grundschulgutachten sind falsch. Und auf dieser Basis werden unsere Kinder mit 9 Jahren in Schubladen einsortiert.
- Im Übrigen: Das Prinzip der frühen Auslese gibt es weltweit nur noch in 19 Ländern; 16 davon sind die deutschen Bundesländer.

### 5. Botschaft:

Für die NRWSPD steht fest, dass wir mit dem gegenwärtigen Schulsystem soziale Gerechtigkeit, Chancengleichheit und eine hohe Bildungsbeteiligung nicht erreichen. Zudem stellt uns die Wissensgesellschaft von heute vor Herausforderungen, denen wir nicht mit den Antworten von gestern begegnen können. Ein weiterer Grund spricht gegen die unveränderte Beibehaltung unserer Schulstruktur: Bedingt durch die demografische Entwicklung werden im nächsten Vierteljahrhundert weitaus weniger Kinder in die Schule kommen als in früheren Jahren. Die Städte und Gemeinden müssen auf diese Entwicklung reagieren können, um eine Verödung der Schullandschaft zu verhindern bzw. um ein wohnortnahes Schulangebot zu sichern.

Um auf diese Anforderungen reagieren zu können, ist unser Angebot an die Menschen die Gemeinschaftsschule, die folgenden Prinzipien folgt:

- Die Gemeinschaftsschule nimmt die Kinder nach der Grundschule auf und ist bis zur Klasse 10 für deren Bildungserfolg verantwortlich.
- Am Ende der Klasse 10 können alle Schulabschlüsse der Sekundarstufe I erreicht werden.
- In den Klassen 5 und 6 findet für alle Kinder ein gemeinsamer Unterricht statt.
- Ab Klasse 7 oder später wird nach gemeinsamer Entscheidung der Schule, des Schulträgers und der Eltern entweder ein vollständig integrierter Unterricht weitergeführt oder eine Differenzierung, beispielweise in Hauptschul-, Realschul- und Gymnasialklassen, vorgenommen.
- Die Gemeinschaftsschule hat eine gemeinsame Schulleitung und ein gemeinsames Kollegium.

Wir wollen die Gemeinschaftsschule flächendeckend und verbindlich einführen. Dabei wollen wir pragmatische, orts- und stadtteilgenaue Lösungen ermöglichen. Deshalb setzen wir bei der konkreten Ausgestaltung der inneren Organisation auf die gemeinsame Entscheidung der Schulen, der Schulträger und der Eltern. Wir stehen zu unserer Aussage, dass das integrative Modell für uns eine besonders hohe Bedeutung hat und unsere gewünschte Perspektive ist. Unser Angebot hierfür ist und bleibt die Gemeinschaftsschule. Eine solche Reform der Schulstruktur setzt einen möglichst breiten bildungspolitischen Konsens in der Gesellschaft voraus. Auch wenn sich schon heute viele Menschen zu solch einer Reform bekennen, müssen wir weiterhin für sie werben.

### 6. Botschaft:

CDU und FDP stehen mit dem Rücken an der Wand. Sie klammern sich an das ungerechte und nicht länger haltbare gegliederte Schulsystem. Sie haben sich eingemauert. Sie versuchen verzweifelt die Hauptschulen zu retten, die unter einer erschreckend niedrigen Akzeptanz, sowohl bei den Eltern als auch bei der Wirtschaft, leidet. Sie haben kein Konzept für die Schule der Zukunft, obwohl schon die eigene Basis - siehe die beabsichtigte Gründung einer Gemeinschaftsschule in Horstmar und Schöppingen - auf neue Antworten drängt. Stattdessen versuchen sie einen Schulkrieg vom Zaun zu brechen, in dem sie uns mit völlig unhaltbaren Vorwürfen überziehen. Dabei sind die Angriffe gegen die Gemeinschaftsschule so plump wie töricht:

- CDU und FDP behaupten, durch die Einführung der Gemeinschaftsschulen würden Realschulen und Gymnasien zerschlagen. Das ist Unsinn!  
In jeder Gemeinschaftsschule wird ortsnah und flexibel - ganz nach den Bedürfnissen der Schüler, Eltern, Lehrer und der Schulträger - über die innere Ausgestaltung entschieden. Wenn die Schule es so beschließt, dann wird es gymnasiale und Realschulklassen geben.
- CDU und FDP behaupten, Gemeinschaftsschulen müssten riesige Schulen mit mehr als 1.000 Schülern sein. Das ist Unsinn!  
Gemeinschaftsschulen werden nicht größer sein als die weiterführenden Schulen heute. Durch sie werden Schulstandorte gerettet, die sonst vom Schulsterben bedroht werden.

## Die beste Bildung für alle

- CDU und FDP behaupten, durch die Einführung der Gemeinschaftsschulen würden teure Aus- und Umbauten notwendig. Das ist Unsinn!  
Durch die Gemeinschaftsschule wird gerade erreicht, dass viele Schulgebäude auch zukünftig weiter genutzt werden können. Sie bringt darum Ersparnisse für die Kommunen als Schulträger.
- CDU und FDP behaupten, für die Einführung der Gemeinschaftsschulen müsse man mindestens 10.000 zusätzliche Lehrerinnen und Lehrer einstellen.  
Das ist Unsinn!  
Wenn Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien in Gemeinschaftsschulen zusammengeführt werden, dann ergeben sich vielmehr personelle Synergieeffekte. Das heißt, dass Lehrerinnen und Lehrer sich verstärkt um die individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler kümmern können.
- CDU und FDP behaupten, wir würden zwangsweise Oberstufenzentren einführen und nur Gemeinschaftsschulen bis Klasse 10 ermöglichen.  
Das ist Unsinn!  
Schon heute setzen deutlich zurückgehende Schülerzahlen Gymnasien und Gesamtschulen unter Druck. Die Aufrechterhaltung einer eigenen Oberstufe ist nur noch auf Kosten eines reduzierten Kursangebotes möglich. Vor diesem Hintergrund ist eine stärkere Verknüpfung bzw. Kooperation mehrerer Oberstufen unausweichlich und macht (auch aus Sicht der Kommunen) ökonomisch Sinn.  
Im Übrigen fordert z.B. der nordrhein-westfälische Städtetag schon seit langem die Möglichkeit, Oberstufenzentren einzurichten.

**Herausgeber:**  
**SPD Landesverband Nordrhein-Westfalen**  
**Kavalleriestr. 16**  
**40213 Düsseldorf**  
**E-Mail: [info@nrwspd.de](mailto:info@nrwspd.de)**  
**[www.nrwspd.de](http://www.nrwspd.de)**  
**[www.bestebildung.de](http://www.bestebildung.de)**